Verhandlungsposition Theresa May (*1956), britische Premierministerin

3a: So geht es beim Brexit weiter

"Die britische Premierministerin Theresa May strebt mit ihrer Regierung einen "harten" Brexit aus der Europäischen Union an. Mit dem Austritt aus der EU soll Großbritannien zugleich auch den europäischen Binnenmarkt und den Gerichtshof in Straßburg verlassen. Um Handelsabkommen mit anderen Ländern schließen zu

5 können, will London eine neue Zollvereinbarung mit der EU erreichen. Die Premierministerin hat sich für eine "abgestufte Herangehensweise" beim Brexit ausgesprochen, um britische Unternehmen zwischen dem EU-Austritt und dem Greifen neuer Abkommen nicht in der Schwebe zu lassen. Sie hält Übergangsfristen



to: © ımago/i Image

in bestimmten Wirtschaftsbereichen für denkbar, was im gegenseitigen Interesse sei. Einen "unbegrenzten Übergangsstatus" will May aber vermeiden. Sämtliche EU-Gesetze, die in Großbritannien Anwendung finden, sollen in britisches Recht übertragen werden. Die Begrenzung der Einwanderung, Hauptargument vieler Brexit-Befürworter, soll nach Mays Worten Priorität bei den Austrittsverhandlungen haben. Jedes Jahr zieht es hunderttausende Menschen auf die Insel, viele von ihnen kommen aus Ost- und Südeuropa. Die bisherigen Rechte von bereits in Großbritannien lebenden EU-Bürgern sollen May zufolge weiter gewahrt bleiben, wenn dies umgekehrt auch für die in EU-Staaten lebenden Briten gelte.

Aus: "So geht es weiter beim Brexit", FAZ.NET vom 08.02.2017 von hade. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

3b: Verbleib im EU-Binnenmarkt unwahrscheinlich

Die britische Premierministerin Theresa May hatte [...] mit kritischen Anmerkungen zu den geplanten Einwanderungsregeln für Aufsehen gesorgt. Während des G20-Gipfels im chinesischen Hangzhou erklärte sie, ein punktebasiertes System zur Regelung der Einwanderung sei ungeeignet. Sie widersprach damit den Wortführern der Brexit-Kampagne wie ihrem Außenminister Boris Johnson. Der hatte sich vor dem Referendum am 23. Juni vehement für ein Punktesystem nach dem Vorbild Australiens ausgesprochen. Auch May bekräftigte ihre Absicht, die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Großbritannien einzuschränken, sagte aber, es gebe Zweifel daran, ob Einwanderungssysteme nach Punkten funktionierten. Ein Punktesystem sei "keine Wunderwaffe", um die Einwanderung nach Großbritannien zu verringern. Bislang dürfen EU-Bürger ohne Einschränkungen in Großbritannien arbeiten und leben. Bei einem Punktesystem müssten Einwanderer bestimmte Qualifikationen nachweisen, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Auch zu anderen Versprechen der Brexit-Kampagne wie Milliardenzuschüssen für das Gesundheitssystem NHS und Steuersenkungen hatte sich May [...] zurückhaltend geäußert.

Aus: David Davis: Verbleib im EU-Binnenmarkt unwahrscheinlich, RP-Online vom 05.09.2016 © Rheinische Post

3c: Was die Briten an der EU stört

Nationale Identität: Als ehemalige Weltmacht ist Großbritanniens Politik noch immer auf Führung ausgelegt. London ist gewohnt, die Linie vorzugeben, statt sich mühsam auf die Suche nach Kompromissen zu begeben. Die Briten reagieren allergisch auf jegliche Vorschriften aus Brüssel. Die Londoner City ist trotz massiven Schrumpfkurses noch immer die Lebensader der britischen Wirtschaft. Großbritannien fühlt sich von Regulierungen, die in Brüssel ersonnen wurden, aber die City treffen, regelrecht bedroht. Auch in der Sozialund Arbeitsmarktpolitik wollen sich die Briten nicht von Brüssel herein reden lassen. Eine gemeinsame EUweite Arbeitszeitrichtlinie hat beispielsweise für heftigen Streit gesorgt.

EU-Bürokratie: Die Euroskeptiker unter den Briten halten die Bürokratie in Brüssel für ein wesentliches Wachstumshemmnis. Anti-Europäer in London glauben, dass Großbritannien bilaterale Handelsabkommen mit aufstrebenden Handelspartnern in aller Welt viel schneller aushandeln könne als der Block der 27.

Aus: Désirée Linde/Jan Mallien: "Sollen die Briten in der EU bleiben?", Handelsblatt Online vom 30.06.2014 © Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten

3d: May will harten Brexit auch gegen das Oberhaus durchsetzen

Die britische Premierministerin Theresa May lehnt den Änderungsantrag des britischen Oberhauses ab und will ihr Brexit-Gesetz wie geplant durchsetzen. [...] May hatte auch in der Vergangenheit wiederholt erklärt, sie werde sich für einen Verbleib der schon in Großbritannien lebenden EU-Bürger einsetzen. Sie müsse aber auch dafür sorgen, dass die Interessen der in anderen EU-Ländern lebenden Briten gewahrt blieben. Auch Innenministerin Amber Rudd hatte vor der Abstimmung mit einem Brief an die Mitglieder des Oberhauses versucht, Änderungswünsche am Brexit-Gesetz zu verhindern. Sie versprach, der Schutz der in Großbritannien

lebenden EU-Bürger solle bei den Brexit-Verhandlungen "Priorität" haben. Wie May lehnte sie jedoch Garantien ohne entsprechende Zusagen für im EU-Ausland lebende Briten ab. [...] London lehnt es ab, eine einseitige Garantie für EU-Bürger in Großbritannien auszusprechen. Das soll erst im Rahmen eines Abkommens geschehen, das auch die Rechte von Briten in der EU sicherstellt. In Großbritannien leben etwa drei Millionen EU-Bürger. Knapp eine Million Briten lebt auf dem Kontinent.

Aus: "May will harten Brexit auch gegen das Oberhaus durchsetzen", FAZ.NET von marf. und hade. (01.03.2017) © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

3e: Die Positionen in der Brexit-Debatte – die britischen Unternehmen

Die britischen Unternehmer sind bei der Brexit-Frage gespalten. Einer Umfrage der britischen Handelskammer vom April zufolge ist nur eine leichte Mehrheit ihrer Mitglieder für den Verbleib in der EU. Vor allem unter den kleineren Betrieben, die nur den britischen Markt beliefern und nicht exportieren, sind viele für den EU-Austritt. "Die Brüsseler Bürokratie hemmt jeden einzelnen der 5,4 Millionen britischen Betriebe", heißt es in einem offenen Brief, der von 300 EU-kritischen Geschäftsleuten unterzeichnet und Mitte Mai in der konservativen Tageszeitung "The Telegraph" veröffentlicht wurde. Die Mitglieder des Verbands der britischen Industrie (CBI) hingegen, dem vor allem größere Unternehmen angehören, hatten sich in einer Umfrage im März zu 80 Prozent gegen den Brexit ausgesprochen. Ein Austritt aus der Europäischen Union würde die britische Wirtschaft in eine jahrelange Unsicherheit stürzen, weil Großbritannien neue Handelsabkommen mit den früheren EU-Partnern aushandeln müsste, warnte CBI-Generaldirektorin Carolyn Fairbairn.

Aus: Die Positionen in der Brexit-Debatte © Bundeszentrale für politische Bildung vom 10.06.2016

3f: Tony Blair will den Brexit noch aufhalten

[...] Der frühere britische Premierminister Tony Blair hat zum friedlichen Widerstand gegen den Brexit aufgerufen. "Es ist Zeit, sich zu erheben und das zu verteidigen, an das wir glauben", sagte er am Freitag in London. Wer für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union sei, müsse Brexit-Befürworter umstimmen. Der Labour-Politiker war von 1997 bis 2007 britischer Regierungschef. Bei einem Referendum am 23. Juni 2016 hatten 52 Prozent der Briten für einen EU-Austritt (Brexit) gestimmt. Nun debattiert das britische Parlament über ein Brexit-Gesetz. Blair hielt seine Rede kurz vor den Beratungen im Oberhaus an diesem Montag. [...] May wolle den "harten Brexit" – also die Trennung von der EU einschließlich des Europäischen Binnenmarktes – um jeden Preis, sagte Blair auf dem Treffen der Gruppe "Open Britain", die sich für den Verbleib in der EU einsetzt. Diese Kosten müssten schonungslos aufgedeckt werden. Viele Menschen, die für den Brexit gestimmt hätten, seien unzureichend über die Folgen informiert und müssten aufgeklärt werden. Mit dem Brexit steige auch das Risiko, dass sich Schottland vom Vereinigten Königreich abspalte, warnte Blair. Konservative Politiker bezeichneten seine Rede als arrogant. Blair hatte bereits im vergangenen Herbst die Möglichkeit eines zweiten Brexit-Referendums ins Spiel gebracht. Die Tory-Regierung lehnt eine weitere Volksabstimmung jedoch kategorisch ab. "Brexit heißt Brexit", lautet Mays

Aus: "Ex-Premier Tony Blair will den Brexit noch aufhalten" (17.02.2017) © dpa Deutsche Presse-Agentur

3g: Statistische Daten zum Brexit

Verschiedene Meinungserhebungen zeigen, dass eine Mehrheit der Briten den Ansatz von Premierministerin Theresa May für den EU-Austritt befürwortet. Hatten im Januar noch 62 Prozent Mays Vorgehen negativ beurteilt, so unterstützten im Februar 53 Prozent der Befragten die Brexit-Vorbereitungen der Regierung. Nach Angaben des Nationalen Statistikamts wuchs die Wirtschaft Großbritanniens Ende 2016 trotz der bevorstehenden EU-Austrittsverhandlungen um 0,7 Prozent zum Vorquartal und damit so stark wie seit einem Jahr nicht mehr. Allerdings wurde auch festgestellt, dass Firmeninvestitionen um 1 Prozent sanken und die Ausgaben der Verbraucher wuchsen so wenig wie seit einem Jahr nicht mehr.

Autorentext nach: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/britische-umfrage-zum-ersten-mal-mehrheit-fuer-mays-brexit-strategie-14860244.html vom 06.02.2017 (Zugriff: 01.05.2017) und https://www.taz.de/Archiv-Suche/I5383432&s =brexit&SuchRahmen=Print/ vom 23.02.2017 (Zugriff: 01.05.2017).

- 1. Arbeiten Sie die Argumente Ihrer Akteurin in der Verhandlungsrunde mithilfe der Materialien heraus.
- 2. Entwickeln Sie in Ihrem Ausgangsteam (a) ein zentrales Verhandlungsziel, (b) eine Argumentationsstrategie für die Verhandlungsrunde und (c) ggf. antizipierte Gegenargumente der anderen Verhandlungsteilnehmenden.